

Tausend Hügel, eine Million Tote

Der Bund wollte aus Rwanda die «Schweiz Afrikas» machen, doch die Entwicklungshilfe endete im Genozid



Ein Mitglied des Roten Kreuzes zwischen Hutu-Flüchtlingen im November 1996.

LAURENT REBOURS / KEYSTONE

URS HAFNER

Der Horror war von langer Hand geplant. In nur drei Monaten, von April bis Juli 1994, vernichtet das Regime Rwandas mit seinen Helfershelfern knapp eine Million Menschen. Die Täter gehören der Volksgruppe der Hutu an, die Opfer sind Tutsi. Fünfzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg findet im kleinen ostafrikanischen Land der grösste Genozid seit dem Holocaust statt. Die wichtigste Waffe ist nicht das Gas, sondern die Machete. Gebannt schaut die Weltöffentlichkeit zu – und weg. Und mittendrin steckt die Schweiz, auch wenn die Entwicklungshelfer nicht mehr vor Ort sind. Sie haben das Land Hals über Kopf verlassen.

Der Völkermord ist mittlerweile gut erforscht. Bekannt ist auch, dass Rwanda das erste Schwerpunktland der Schweizer Entwicklungshilfe war – und dass der schwerreiche Unternehmer Félicien Kabuga, der den Genozid finanzierte, sich im Sommer 1994 in der Schweiz aufhielt, wo er von den Behörden nicht verhaftet wurde, so dass er sich absetzen konnte. Kaum bekannt war indes, dass die Schweiz mit ihrer Entwicklungshilfe mitgeholfen hat, dem Genozid die Bahn zu bereiten. Und nichts unternommen hat, um ihn zu verhindern.

«Ein Völkermord fällt nie vom Himmel. Die Schweiz hat dreissig Jahre lang die Augen verschlossen», sagt Anne Emery-Torracinta. Die Genfer Histo-

rikerin hat soeben ihre grosse Studie «Dans l'ombre du génocide des Tutsi» veröffentlicht, die auf Archivrecherchen und Interviews mit Zeitzeugen beruht. Drei Jahre lang hat sie die Beziehungen zwischen der Schweiz und Rwanda in der Zeit von 1950 bis 1994 untersucht. Sie ist pensioniert, zuvor war sie Geschichtslehrerin und SP-Regierungsrätin.

Ein Walliser missioniert

Die Schweiz und Rwanda: Es hätte eine Liebesgeschichte werden sollen. 1963 startet die Schweiz im «Land der tausend Hügel» ihre Entwicklungshilfe. Sie ist ein Prestigeprojekt. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, kurz Deza, hat grosse Pläne, bis 1994 wird sie rund 350 Millionen Franken investieren: Rwanda soll zur blühenden «Schweiz Afrikas» werden.

Die Voraussetzungen scheinen gut. 1962 wird Rwanda unabhängig. Die Hutu stürzen die Monarchie der Tutsi und übernehmen die Macht. Zuvor war Rwanda eine belgische Kolonie gewesen. Die Belgier festigten die Abgrenzung zwischen Hutu und Tutsi. Beide Gruppen ähneln sich, sie sprechen die gleiche Sprache. Nun bestimmt der Personalausweis, ob man ein Hutu oder ein Tutsi ist.

Die Hutu sind der Schweiz sympathisch. Da sie in der grossen Mehrheit sind, erachten Bundesrat und Deza das

Land grosszügig als eine Art Demokratie. «Zudem war der erste Präsident Rwandas, Grégoire Kayibanda, ein überzeugter Christlichdemokrat. Das beruhigte die antikommunistische Schweiz», sagt Emery-Torracinta. Einer der wichtigsten Männer im Land ist ein Walliser: Erzbischof André Perraudin missioniert mit seinen Ordensbrüdern die Bevölkerung. Der Präsident ist sein Zögling. Die beiden Männer stehen sich nahe. Perraudin unterstützt das Hutu-Regime. Und er fördert die Entwicklungshilfe.

Die Deza eröffnet nach dem Vorbild der Migros im ganzen Land Läden der Genossenschaft Trafipro. Daneben stösst sie die Gründung von Volksbanken und Hilfsprojekten in Landwirtschaft und Bildung an. «Viele Rwander haben die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz noch immer in guter Erinnerung», sagt die Historikerin. «Den Armen wurde tatsächlich geholfen.»

Die Schweiz ist nicht die einzige Nation, die in Rwanda tätig ist, aber nur sie betreibt konsequent Entwicklungshilfe. Diese ist für Belgien und Frankreich zweitrangig. Sie mischen in kolonialer Tradition weiter in der Politik mit und statten die Armee mit Waffen aus. Die Schweiz dagegen beruft sich auf die Neutralität, ihr Einsatz soll strikt «technisch» sein.

Das hält sie allerdings nicht davon ab, ein besonderes Mandat einzuführen: den

Präsidentenberater. Damit gewinnt sie grossen Einfluss. Von 1963 bis 1993 bilden sechs Männer die wichtigste Verbindung zwischen dem rwandischen Regime und der Deza. Im Rückblick ist das Amt von Anfang an problematisch, da die Berater sich zu Verteidigern des Präsidenten und der Regierung aufschwingen.

Die Gewalt verharmlost

Denn das Regime radikalisiert sich. Nach und nach führt es einen Apartheidstaat ein. Schon um 1960 kommt es zu Massakern an Tutsi, später folgen weitere mit Tausenden von Toten. Die Schweiz und Erzbischof Perraudin verharmlosen die Gewalt gegen die Tutsi. Afrika gilt ihnen als «wilder» Kontinent, wo sich «Stämme» oft gegenseitig umbringen. Hunderttausende Tutsi fliehen aus Rwanda. Sie dürfen nicht zurück. Einige bewaffnen sich und wollen die Regierung stürzen. «Die Flüchtlingsfrage wurde zur Zerreissprobe für das Land, doch die Schweizer Präsidentenberater blendeten das Problem aus», sagt Emery-Torracinta.

Zum Beispiel der Berner Jurist August R. Lindt. Er leitet die Entwicklungshilfe für Rwanda seit Beginn, Präsidentenberater ist er von 1973 bis 1975. Zuvor war er Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. Er hätte, findet die Historikerin, für das Drama sensibilisiert sein müssen. In seine Amtszeit fällt die «Säuberung» des von der Schweiz geführten Gymnasiums in der Hauptstadt Kigali: Alle Tutsi müssen die Schule verlassen. Lindt schweigt, die Schweiz protestiert nicht. Die Schweizer Lehrer aber weigern sich, nur Hutu-Schüler zu unterrichten, und verlassen Rwanda.

Der Neuenburger Ökonom Charles Jeanneret übernimmt die Beraterstelle 1981 – auf Wunsch des neuen Präsidenten Juvénal Habyarimana, der mit einem Militärputsch an die Macht kommt. Fast zwölf Jahre steht Jeanneret dem Präsidenten, den er grenzenlos bewundert, zu Diensten. Er führt sich wie ein offizieller Repräsentant Rwandas auf, schreibt die Reden des Präsidenten und tritt öffentlich mit der Crème de la Crème der Extremisten des Regimes auf. Er vertritt Habyarimana sogar gegenüber dem französischen Botschafter oder Militärattaché. Jeanneret informiert die Deza einseitig und schönfärberisch über die Zustände in Rwanda. In Bern ist man zuweilen irritiert über dessen Gebaren, lässt ihn aber gewähren, schliesslich läuft die Kooperation ja gut.

Ab 1990 herrscht in Rwanda Bürgerkrieg. Die Tutsi werden von den Tätern «Kakerlaken» und «Schaben» genannt. Die Schweiz und andere Länder zeigen sich nun doch beunruhigt und treffen sich mit Habyarimana. Dieser beschwichtigt: Die Demokratie sei gerade in Schwierigkeiten, aber auf guten

Wegen. Dabei schlittert das Land in eine Krise. Zum ersten Mal fördert die Schweiz Menschenrechtsprojekte, wenn auch mit kleinen Beiträgen. Hingegen unterstützt sie die Reformen der Weltbank mit zehn Millionen Franken. Diese Hilfe bewahrt das Regime vor dem Zusammenbruch.

Anfang April 1994 wird Habyarimana ermordet – das Fanal für den Völkermord. Sofort zieht der Bundesrat die Deza-Leute ab. Jäh hat sich der Traum von der «Schweiz Afrikas» in den Albtraum des Genozids verwandelt. Dieser beschäftigt den Bundesrat freilich kaum, er hat andere Probleme, zu weit weg ist der Horror. Wenige Tage später erklärt Flavio Cotti, der für die auswärtigen Angelegenheiten zuständig ist, es werde in der Entwicklungshilfe halt «immer Risiken geben».

«Hinter Neutralität versteckt»

Cotti will das peinliche Kapitel Rwanda so schnell wie möglich beenden, damit das Ansehen der Schweiz nicht weiter Schaden nimmt. Er gibt einen Bericht in Auftrag, der 1996 erscheint und die Deza entlastet: Das Ausmass der Ereignisse sei unvorhersehbar gewesen. Immerhin wird am Rand darauf verwiesen, die Deza habe es versäumt, politische Massnahmen zu ergreifen, als die Lage eskalierte.

Bei aller Verharmlosung, die er betreibt, hält der Bericht der Schweiz vor, sie habe zu wenig politisches Gespür gezeigt. Anne Emery-Torracinta geht weiter: «Man hat sich hinter der Neutralität versteckt, um keine Partei ergreifen zu müssen.» Die Schweiz habe nicht nur Fehler gemacht: «Sie hat versagt.» Hätte sie die systematische Gewalt gegen die Tutsi ernst genommen, hätte sie die Zusammenarbeit infrage stellen oder neu ausrichten müssen. «Die wenigen Schweizer, welche die Diskriminierung und Gewalt verurteilten, fanden kein Gehör. Die Schweiz hätte schon 1964 reagieren müssen», sagt die Historikerin.

Diese Geschichte ist noch nicht zu Ende. Emery-Torracinta durfte im Schweizerischen Bundesarchiv Dossiers einsehen, die noch unter Sperrfrist standen. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten zeigte sich kulant. Dagegen lehnte das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport sämtliche Anträge auf Akteneinsicht ab – der Historikerin unverständlich. «Die Archive müssen endlich geöffnet werden», sagt sie.

Nach dem Völkermord überprüfte die Deza ihre Praxis. In Rwanda stehen nun Friedensförderung und Dialog an erster Stelle.

Anne Emery-Torracinta: Dans l'ombre du génocide des Tutsi. La Suisse et le Rwanda 1950–1994. Editions Slatkine, Genf 2026. 546 S., Fr. 44.–.